

# Drei stehen Modell

Welche Potenziale die elektronische Verwaltung für Kommunen bereithält, soll das Pilotprojekt Modellkommune E-Government aufzeigen. Die ausgewählten Kommunen – die Städte Düren und Gütersloh sowie der Kreis Cochem-Zell – haben viel vor.

**M**it dem Pilotprojekt Modellkommune E-Government wollen Bund und kommunale Spitzenverbände das Potenzial des E-Government-Gesetzes (EGovG) auf kommunaler Ebene aufzeigen. Ausgewählt wurden die Städte Düren und Gütersloh in Nordrhein-Westfalen (89.500 beziehungsweise 97.500 Einwohner) sowie der rheinland-pfälzische Kreis Cochem-Zell (63.500 Einwohner), der sich gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Kaisersesch beworben hat. Die drei Kommunen werden mit jeweils 100.000 Euro bei der Realisierung ihrer E-Government-Konzepte unterstützt. „Als E-Government-Kommune haben wir die Chance, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch extern Prozesse zu optimieren, Kosten zu minimieren und den Service für unsere Bürgerinnen und Bürger zu verbessern“, sagt etwa die Gütersloher Bürgermeisterin Maria Unger. Von der Konstellation der Mitstreiter verspricht sie sich Erkenntnisse, die auch Gütersloh zugute kommen: „Mit einer vergleichbar großen Stadt und einem Landkreis lassen sich Ergebnisse erzielen, die für alle Beteiligten nützlich sind.“

In Gütersloh sind es vor allem umfangreiche und häufig genutzte Verwaltungsprozesse, die in Zukunft als digitale und medienbruchfreie Dienstleistung angeboten werden sollen – etwa durch die Einführung der De-Mail in Verbin-



Startschuss für die Modellkommunen.\*

dung mit der E-Akte. Zudem sollen die Funktionen des neuen Personalausweises (nPA) genutzt werden. Bei der Bearbeitung von Verwaltungsservices über das Internet will sich die Stadt an Lebenslagen der Bürger orientieren. Dabei führt Bürgermeisterin Maria Unger unter anderem die demografische Entwicklung ins Feld: „Für Menschen ab einem gewissen Alter kann die Mobilität eingeschränkt sein. Vor diesem Hintergrund gewinnt ein an Lebenslagen organisiertes Bürgerportal an Mehrwert.“ Zudem komme ein solches Angebot auch der

jüngeren Generation entgegen, für welche die elektronische Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten zunehmend erste Wahl sei.

Insgesamt 28 Serviceleistungen des Gütersloher Rathauses werden bereits auf elektronischem Wege angeboten – von klassischen Anträgen, etwa für Personenstandsurkunden, über Auskünfte aus dem Gewerberegister bis hin zu Online-Bezahlungssystemen oder das Fundbüro online. In den kommenden zwei Jahren wird es ein wesentliches Ziel sein, diese und weitere Dienste im Bürgerportal zentral zusammenzustellen und in ihrer Nutzbarkeit zu optimieren. Welche zusätzlichen Services in das Portfolio aufgenommen werden, soll im Zuge einer Bürgerbefragung ermittelt werden.

Auch die Stadt Düren, die im Rahmen des Pilotprojekts ebenso wie Gütersloh eng mit dem kommunalen IT-Dienstleister regio iT zusammenarbeitet, fragt vor der Weiter-

\* v.l.: Manfred Schur, Landrat des Kreises Cochem-Zell; Maria Welter, Leiterin Hauptamt Stadt Düren; Maria Unger, Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh

entwicklung ihrer E-Government-Dienste zunächst die Interessen und Anforderungen der Bürger ab. Das Wissen der Fachleute in der Verwaltung soll ebenfalls genutzt werden: Diese können in einem Ideenmarkt ihre Anregungen und Vorstellungen zu dem Projekt beisteuern. In einem zweiten Schritt wird der ermittelte Bedarf dann mit dem bereits vorhandenen Ideen-Pool abgeglichen und dabei diejenigen Services identifiziert, die aufgrund von Fallzahl und Entlastungswirkung Bürgern und Verwaltung am meisten Nutzen bringen. Ein Augenmerk könnte laut der Stadt Düren etwa auf dem Prozess zur Beantragung des Wohngelds liegen.

Darüber hinaus will die Kommune möglichst viele Elemente des EGovG des Bundes umsetzen. Geplant ist etwa, einen (freiwilligen) Zugang für De-Mail zu eröffnen. Zudem soll geprüft werden, inwieweit Bezahlservices wie ePayBL und Paypal in das Bürgerportal eingebunden werden können. Ein drittes Anliegen ist es, die Nachfrage nach E-Services zu erhöhen. Zwar meldet bereits jeder zweite Hundehalter in Düren seinen Hund elektronisch zur steuerlichen Veranlagung an, und jeder zehnte Bürger beantragt seinen Bewohnerparkausweis am eigenen PC. Diese Print@Home-Funktion der Stadt Düren kommt mittlerweile auch bei deutlich größeren Städten zum Einsatz. Die Inanspruchnahme der Online-Dienste will die Stadt aber noch steigern, zunächst ist eine Erhöhung um zehn Prozentpunkte anvisiert. Neben einer stärkeren Vermarktung der E-Services und einer Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit sollen dazu insbesondere Video-Tutorials erstellt werden, welche

den Bürger Klick für Klick durch einzelne Dienste führen.

Für den Kreis Cochem-Zell gaben vor allem strukturelle Gegebenheiten den Ausschlag, sich als Modellkommune E-Government zu bewerben. „Cochem-Zell ist ein relativ dünn besiedelter Kreis mit einer ländlich geprägten Struktur. Das bedeutet, dass die Verwaltungen sowohl mit dem Öffentlichen Nahverkehr als auch mit dem privaten Pkw für viele nur unter einem erheblichen zeitlichen Aufwand erreicht werden können“, erläutert Landrat Manfred Schnur. Stellvertretend für alle Verbandsgemeinden im Kreis ist die Verbandsgemeinde Kaisersesch mit der Ortsgemeinde Gamlen als Partner in das Pilotprojekt eingestiegen. Nach erfolgreichem Abschluss sollen alle kreisangehörigen Kommunen in ein ganzheitliches E-Government eingebunden sein. „Künftig soll es über ein gemeinsames kommunales Bürgerportal möglich sein, Dienste der Verwaltungen im Kreis abzurufen – unabhängig davon, wer zuständig ist“, berichtet Albert Jung, Bürgermeister Kaisersesch. Geplant sei zudem, dass Anträge durch die Anbindung an einen elektronischen Formular-Server direkt an die dafür zuständige Verwaltung oder Stelle übermittelt werden. „Hier wird der elektronische Antrag dann – ohne Medienbruch – direkt in das erforderliche Fachprogramm eingespeist. Der zuständigen Verwaltungsstelle stehen somit alle Daten des Kunden für die Bearbeitung des Antrags unmittelbar und ohne separate Dateneinpfege zur Verfügung“, so Jung weiter. Antragsteller wiederum werden ein personalisiertes Postfach für die Kommunikation mit der Verwal-

tung erhalten, optional soll auch die De-Mail eingebunden werden.

Ebenso wie in den beiden anderen Modellkommunen steht in Cochem-Zell zudem die Realisierung eines elektronischen Bezahlsystems auf der Agenda. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115. Landrat Manfred Schnur: „Zurzeit sind wir dabei, die bestehenden Online-Angebote und ihre Nutzung auszuwerten. In einem weiteren Schritt wird dann die Konzeption der örtlichen elektronischen Verwaltung erarbeitet. Dem schließt sich die Einrichtungs- und Umsetzungsphase an. Begleitet und beraten werden wir dabei vom rheinland-pfälzischen Innenministerium sowie dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund Rheinland-Pfalz. Damit werden wir unser Projekt eng mit der E-Government-Strategie des Landes verknüpfen.“

Abgeschlossen wird das Projekt Modellkommune E-Government mit der Durchführung eines Workshops im Dezember kommenden Jahres. Mit der Umsetzung der Projektbausteine bis Ende 2015 wird die Weiterentwicklung der elektronischen Dienstleistungen in den drei teilnehmenden Kommunen jedoch noch lange nicht beendet sein. „Es ist aber davon auszugehen, dass wir sehr konkret die weiteren mittelfristigen Schritte benennen, Synergieeffekte aufzeigen und auch wesentlich klarere Aussagen über Investitionen und Kosteneinsparungen an anderer Stelle machen können“, so die Gütersloher Bürgermeisterin Maria Unger.

*Bettina Schömig*

# Wichtiger Wegbegleiter

Das E-Government-Gesetz kann auf kommunaler Ebene ein starkes Potenzial entfalten, meint Bundes-CIO Cornelia Rogall-Grothe. Welche Rolle hierbei das Pilotprojekt Modellkommune E-Government spielt, erklärt sie im Kommune21-Interview.

*Frau Staatssekretärin Rogall-Grothe, welches Ziel verfolgen der Bund und die kommunalen Spitzenverbände mit dem Pilotprojekt Modellkommune E-Government?*

Mit dem Pilotvorhaben Modellkommune E-Government wollen wir die Potenziale des E-Government-Gesetzes (EGovG) auf kommunaler Ebene aufzeigen. Das EGovG gilt für die Kommunen nur, soweit sie Bundesrecht ausführen. Daher war es stets als Handlungsrahmen konzipiert, der Chancen eröffnet, die Kommunen nutzen können, ohne gesetzlich dazu verpflichtet zu sein. Elektronische Anträge ohne Unterschrift, die

*entschieden. Was zeichnet die drei ausgewählten Kommunen aus?*

Gemessen an dem kurzen Bewerbungszeitraum haben wir eine Vielzahl sehr guter Bewerbungen erhalten und ich habe die Jury um ihre Aufgabe nicht beneidet. Die Jury ist der Überzeugung, dass das Ziel des Pilotvorhabens am besten mit den Vorschlägen der ausgewählten Kommunen umgesetzt werden kann. Die beiden Stadtverwaltungen planen eine Ausweitung des digitalen Zugangs sowie eine hohe Anzahl von vollständig elektronisch abgebildeten Verwaltungsprozessen. Der Landkreis führt sein Vorhaben gemeinsam

E-Government-Anwendungen. Dabei geht es nicht nur um die Ausweitung des Angebots elektronischer Services, sondern auch um eine interne Prozessoptimierung, die personelle und finanzielle Ressourcen einspart. Es sollen Standards verwendet werden, die sich bereits in anderen Kommunen bewährt haben. Die Vernetzung der Modellkommunen und ein arbeitsteiliges Vorgehen bei der Konzeptentwicklung sind wichtige Aspekte inner-



Cornelia Rogall-Grothe

## „In vielen Kommunen besteht ein hohes Informationsbedürfnis hinsichtlich der Umsetzung des E-Government-Gesetzes.“

Möglichkeit elektronischer Nachweiserbringung und Bezahlung bieten den Rahmen für eine grundlegende Modernisierung der kommunalen Verwaltung, in der höhere Bürgerorientierung und verbesserte Verwaltungseffizienz verbunden sind. Die Modellkommunen wollen wir auf diesem Weg begleiten.

*Aus insgesamt 44 Einreichungen hat sich die Jury für die Städte Düren und Gütersloh sowie den Kreis Cochem-Zell*

mit einer Verbandsgemeinde durch und will vor dem Hintergrund einer dispersen Siedlungsstruktur den Zugang zu elektronischen Diensten unabhängig von Gemeinde- oder Kreiszuständigkeit ermöglichen.

*Wie sieht der weitere Ablauf des Projekts aus?*

Wir unterstützen die Modellkommunen zunächst bei der Erarbeitung eines Konzepts für die

halb des Pilotvorhabens. Nach der Umsetzung des Konzepts werden wir die Erfahrungen der Modellkommunen aufbereiten und in einem Leitfaden „Weg zur E-Government-Kommune“ niederlegen.

*Wie können andere Kommunen von dem Pilotprojekt profitieren?*

In vielen Kommunen besteht ein hohes Informationsbedürfnis hinsichtlich der Umsetzung des EGovG.

Wir wollen versuchen, diesem Bedarf bei der Durchführung des Modellvorhabens entgegenzukommen. Ich bin der Ansicht, dass eine stärkere Vernetzung zwischen den Akteuren in den Kommunen und Ländern die Umsetzung des EGovG weit voranbringen kann. Hierzu werden die Modellkommunen auf Veranstaltungen ihre Erfahrungen vorstellen. Auch alle anderen Kommunen, die sich beworben haben, möchten wir am Prozess der Vernetzung und des Erfahrungsaustauschs beteiligen. Und natürlich wird der bereits erwähnte Leitfaden eine Handreichung für alle Kommunen sein. Dieser soll nicht nur eine Auflistung von Best-Practice-Beispielen sein, sondern es soll deutlich werden, welche Prozessschritte erforderlich sind, welche

Fehler vermieden werden können und welche Herangehensweise sich für die Verwirklichung erfolgreicher E-Government-Anwendungen in der Praxis am besten bewährt hat.

*Was tut der Bund darüber hinaus, um E-Government auf kommunaler Ebene voranzubringen?*

Wir alle wissen, dass E-Government nur wirklich erfolgreich sein wird, wenn es breite Anwendung auf kommunaler Ebene findet. Denn mit den Verwaltungen der Städte, Gemeinden und Kreise unterhalten die Bürgerinnen und Bürger die meisten Kontakte, dort wird E-Government wirksam. Mit dem EGovG des Bundes wurde die wichtigste rechtliche Voraussetzung geschaffen. Nun ist es Sache der Länder, eigene

Rechtsregelungen zu schaffen, die einen verbindlichen Rahmen für das kommunale E-Government bilden. Die Länder, die dies wünschen, unterstützen wir dabei gern. Mit dem Ziel der stärkeren Vernetzung zwischen den Akteuren hat das Bundesinnenministerium gemeinsam mit der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, zudem sieben Regional Konferenzen durchgeführt. Des Weiteren möchte ich auf die E-Government-Landkarte, ein Projekt des IT-Planungsrats, hinweisen und um eine noch stärkere Beteiligung bitten, damit dieses Vorhaben seine Rolle als Plattform für Erfahrungsaustausch und Informationsgewinnung noch besser ausfüllen kann.

*Interview: Bettina Schömig*

Anzeige

## Bundesweiter Marktführer webbasierter Finanzsoftware



ab-data

FINANZSOFTWARE/  
ENTWICKLUNGEN



## Vorsprung durch Webtechnologie bei Kommunalen Finanzen!

- Flexibilität, Mobilität und Hochverfügbarkeit aller Finanzdaten
- Freie Wahl zwischen Kameralistik, Doppik oder Parallelbetrieb
- Finanzsoftware als Kernverfahren für den sukzessiven, verwaltungsweiten Webumstieg
- Plattformunabhängige Webtechnologien ohne Terminal-Server-Emulationen
- **NEU:** Nachgewiesenes Vertrauen durch bundesweite TÜVIT Zertifikate für Doppik, Steuern und Gesamtabschluss

**ab-data** ● ● ●  
KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN

Vorsprung durch Webtechnologie

Friedrichstraße 55 · 42551 Velbert  
Telefon 0 20 51 / 944-0 · info@ab-data.de

XING YouTube



www.ab-data.de